



**Projektland: Israel,  
Palästinensische  
Gebiete**

**Quartal/Jahr: Juli bis September  
2010**

**Schlagzeilen:**

- **Wiederaufnahme der Verhandlungen mit wenig Euphorie begleitet**
- **Nach dem Ende des Moratoriums Siedlungsbau wieder aufgenommen**
- **Beibehaltung des Status Quo scheint das geringere Übel zu sein**

Die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen der Regierung des Staates Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde wurde weltweit als das wichtigste Ereignis im Rahmen des nahöstlichen Friedensprozesses gewürdigt. In Israel und auch in den Palästinensischen Gebieten war die Euphorie weit geringer. Die in Washington mit großem Aufwand zelebrierte Gesprächs-Ouvertüre wird im Nahen Osten lediglich in der Reihe der vielen anderen Versuche gesehen, den Friedensprozess voranzubringen.

Die palästinensische Seite hatte sich bislang geweigert, mit der Regierung Netanyahu Verhandlungen zu führen, so lange diese nicht einen völligen Stopp des Baus jüdischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet ausspreche und auch tatsächlich durchsetze. Dies war eine neue Bedingung, die an die Vorgängerregierung nicht gestellt worden ist. Sie ist dem enormen innenpolitischen Druck geschuldet, dem sich die Autonomiebehörde ausgesetzt sieht. Denn die früheren Verhandlungen haben aus palästinensischer Sicht keinen erkennbaren Fortschritt gebracht. Weder ist man der Errichtung eines eigenen Staates näher gekommen noch sind in den beiden anderen essentiellen Fragen – der Frage des Rückkehrrechtes palästinensischer Flüchtlinge in das Gebiet des heutigen Israel und der Frage des Status von Jerusalem als Hauptstadt – Lösungen in Sicht. Deshalb sehen viele Palästinenser überhaupt keinen Sinn mehr in irgendwelchen Verhandlungen. Diese würden nur das internationale Image Israels verbessern, und das hat in der Tat in der letzten Zeit arg gelitten.

Auf israelischer Seite ist man vor allem an Sicherheit interessiert. Frieden und Verhandlung hierzu sollen eine gesicherte Existenz in einer als höchst bedrohlich wahrgenommenen Umwelt garantieren. Dass am Vorabend der Konferenz vier Israelis ermordet und wieder Raketen auf israelisches Territorium abgefeuert wurden, hat in Israel die Zweifel an einem baldigen Erfolg der neuen Verhandlungsrunde deutlich gestärkt.

Die nationalistische Rechte in Israel hat, schon bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben, eine Wiederaufnahme des Siedlungsbaus gefordert, wohl wissend, dass damit die Verhandlungen schwer belastet würden. Denn auf der anderen Seite drohte Palästina, für den Fall, dass der Siedlungsbau fortgesetzt werde, mit einem sofortigen Ende der noch kaum richtig begonnenen Gespräche.

Beiden Seiten kam es da gewiss nicht ungelegen, dass hohe religiöse Feste das öffentliche Interesse beanspruchten und ebenso keine gesellschaftlichen Kräfte für Proteste und Aktionen frei ließen.

Ein offizieller Baustopp für jüdische Siedlungen, den die israelische Regierung als Zeichen des Guten Willens verstanden wissen wollte, um die palästinensische Seite wieder an den Verhandlungstisch zubringen, wurde in dem Moment zum zentralen Streitpunkt, als sich die Chance konkretisierte, dass die Verhandlungen kontinuierlich fortgeführt werden könnten. Denn nun hatte man mit dem 26. September, dem Ende des Moratoriums, ein Datum, eine Linie, die nicht überschritten werden durfte. Mit großflächigen Anzeigen in den israelischen Tageszeitungen forderten der Siedlungsbewegung nahestehende Gruppen die amtierenden Politiker auf, die Siedlungen unbedingt weiter bauen zu lassen.

Zwar hatten schon im Vorfeld und während der Verhandlungen in Washington einzelne Siedlergruppen den Wohnungsbau fortgesetzt, aber dies war eher ein symbolischer Akt, Siedlungsraum wurde damit nicht wirklich geschaffen. Der 26. September verstrich ebenfalls ohne größere Baumaßnahmen, nicht zuletzt, weil das Datum mitten in der Woche lag, während der das Laubhüttenfest gefeiert wird. Palästina ist während der Hohen Jüdischen Festtage, also auch in der Woche des Laubhüttenfestes für Palästinenser praktisch abgeriegelt. Deshalb konnten auch keine palästinensischen Arbeiter in Siedlungen kommen; denn sie sind es, die die schweren Bauarbeiten verrichten. Nach den Feiertagen allerdings wurde mit großer Geschwindigkeit wieder mit dem Bau begonnen, nach einer Meldung der populären News-Website „y-net“ viermal so schnell wie in den vergangenen zwei Jahren.

Die Gespräche scheinen schon ins Stocken geraten, kaum dass sie wieder aufgenommen worden sind. Der Status Quo ist nicht mehr so bedrohlich und existenzgefährdend wie vor fünf Jahren. Die Sicherheitslage in Israel hat sich deutlich verbessert. Es gibt - zurzeit wenigstens - keine Attentate, wohl aber Versuche, doch die werden alle rechtzeitig vereitelt. In Palästina hat sich die Wirtschaftslage günstig entwickelt, so dass man kein Risiko eingehen will, das diese Entwicklung gefährden könnte.

Die Beibehaltung des Status Quo scheint vielen das geringere Übel zu sein verglichen mit einem höchst ungewissen Ergebnis von Verhandlungen, die auch deshalb in beiden Gesellschaften nur wenig öffentliche Unterstützung genießen. So ist weder in Israel noch in der PNA ein Druck zu spüren, der die Verhandlungen beschleunigen könnte. Druck kommt nur von außen, vor allem von den USA. Es bleibt aber fraglich, ob dies ausreicht, um zu einem von der Mehrheit in den beiden Gesellschaften mitgetragenes Ergebnis führt.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
 AUTOR: DR. RUDOLF SUSSMANN  
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX. +49 (0)89 1258-359  
 E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOMEPAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
 ERSTELLT AM: 21.10.2010